

Zehn Wahlprüfsteine des NABU Rheinland-Pfalz

**36 Fragen an die Piratenpartei Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl
2021**



Mit rund 62.000 Mitgliedern ist der NABU Rheinland-Pfalz der mitgliederstärkste Naturschutzverband in Rheinland-Pfalz. Themen des Natur- und Klimaschutz spielen eine immer größer werdende Rolle in der Wahlentscheidung der Bürger*innen. Daher wollen wir unseren Mitgliedern im Vorfeld der Landtagswahl ermöglichen sich von den Parteien, die zur Landtagswahl in Rheinland-Pfalz mit einer Landesliste antreten, und ihren Haltungen zu den wichtigsten naturschutzpolitischen Themen des Landes ein Bild zu machen.

Kontakt

NABU Rheinland-Pfalz

Tel. +49 (0)6131.140 39-0

Fax +49 (0)6131.140 39-28

Kontakt@NABU-RLP.de

Wahlprüfstein I: Landwirtschaft

Rund 42 % der Landesfläche werden in Rheinland-Pfalz landwirtschaftlich genutzt. Nicht zuletzt deshalb hat die Landwirtschaft wie kaum ein anderer Bereich großen Einfluss auf die Natur und unsere Umweltgüter Boden, Wasser und Luft. Die zunehmende Intensivierung der Landbewirtschaftung mit hohen Nährstoffüberschüssen und Pestizideinsatz hat leider auch zu großen Belastungen für Artenvielfalt und Umwelt geführt. Die Folge: ein dramatisches Insekten- und Vogelsterben, zu hohe Nitratwerte im Grundwasser und klimaschädliche Emissionen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

1. ... eine Erhöhung der Biodiversität und Strukturvielfalt in der Agrarlandschaft erreichen?



NABU-Fazit

Öffentliches Geld für öffentliche Leistung! Es ist wichtig, dass Landwirt*innen Förderungen für die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen erhalten. Das Zusammenführen unterschiedlicher Akteur*innen kann gute Lösungen hervorbringen, wie andere Bundesländer (z. B. Niedersachsen) gezeigt haben. Die Landesregierung sollte jetzt die Chance ergreifen, auch ohne den Druck eines Volksbegehrens, einen solchen Weg einzuschlagen.

2. ... die Umsetzung von biodiversitätsfördernden Maßnahmen für Landwirte attraktiver machen?



NABU-Fazit

Die Parteien stimmen mit der Haltung des NABU darin überein, dass Landwirt*innen für biodiversitätsfördernde Maßnahmen mehr finanzielle Anreize erhalten sollten. Es bleibt aber offen, ob sie auch bereit sind, hierfür tatsächlich mehr Mittel als bisher bereitzustellen. Weitere wichtige Aspekte sind Ausbildung und Beratung sowie die Betrachtung der Vermarktungswege, die zurzeit eine nachhaltige Produktion oftmals erschweren.

3. ... den Grundwasserschutz in der Agrarlandschaft verbessern?



NABU-Fazit

Hier auf Verbote und verbindliche Regelungen zu setzen scheint aktuell der wirkungsvollste Weg. Besonders belastet ist die Region des intensiven Gemüseanbaus in der Vorderpfalz. Agrarumweltprogramme, die auf Freiwilligkeit beruhen, sind finanziell unattraktiv für die hochartragreichen Flächen des Gemüseanbaus. Preissteigerungen im Einzelhandel erscheinen zunächst reizvoll, würden aber nur zusammen mit verbindlichen Regelungen zur umweltschonenden Produktion zu tatsächlich Verbesserungen bewir-

4. ... eine deutliche Reduktion des Einsatzes von Pestiziden in der Landwirtschaft erreichen?



NABU-Fazit

Ein flächig wirksames Pestizidreduktionsprogramm ist erforderlich. Darin müssen Ziele der Mengen- und Toxizitätsreduktion für unterschiedliche Anbaukulturen formuliert sein. Die Entwicklung neuer Methoden ist nötig, um auch im Obst- und Gemüseanbau Fortschritte zu ermöglichen. Mehr Transparenz zu ausgebrachten Pestizidmengen ist ein hilfreiches Instrument zur Überprüfung der Zielerreichung. Einer Verlagerung der Lebensmittelproduktion ins Ausland, ist mit geeigneten Instrumenten entgegenzuwirken.

Antworten der Piratenpartei Rheinland-Pfalz auf die Fragen 1 bis 4: Hier müssen Landwirtschaft und Naturschutz an einen Tisch gebracht werden, ein Gegeneinander wird keinem helfen. Sowohl in Bayern wie in Niedersachsen sind Gesetzesinitiativen der Landesregierungen in Folge von angekündigten und teils durchgeführten Bürgerbegehren erfolgt. Eine Symbiose aus den in den dortigen Ländern entstandenen Gesetzen kann die Grundlage für eine entsprechende Gesetzesinitiative in Rheinland-Pfalz sein.

Wahlprüfstein II: NATURA 2000 und Gebietschutz

Mit Einführung der Fauna-Flora-Habitat-(FFH) und der Vogelschutzrichtlinie haben sich die EU-Mitgliedsstaaten dazu verpflichtet, das dramatisch voranschreitende Artensterben zu stoppen und damit zu beginnen, angeschlagene Ökosysteme wiederherzustellen. Die wichtigsten Arten und Lebensraumtypen sollen wieder in einen guten Zustand gebracht werden. Das neben den Vorschriften zum Artenschutz und zur Jagd wichtigste Instrument der Naturschutzrichtlinien ist NATURA 2000, das inzwischen weltweit größte Netzwerk von Schutzgebieten. Zuständig für die Umsetzung von NATURA 2000 in Deutschland sind die Bundesländer, mit Ausnahme der Meeresschutzgebiete in der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ), die in der Kompetenz des Bundes liegen.

Wie will Ihre Partei im Falle einer Regierungsbeteiligung ...

5. ... den konsequenten Schutz der NATURA 2000-Gebiete in Rheinland-Pfalz umsetzen?



NABU-Fazit

Die Zielerreichung der Europäischen Naturschutzrichtlinien scheitert in erster Linie an einem Umsetzungsdefizit. Eine finanziell ausreichend bestückte Umsetzungsstrategie ist hier dringend erforderlich. Darin enthalten muss auch die Schaffung von Personalstellen sein, damit die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne mit Akteur*innen vor Ort besser kommunikativ und inhaltlich begleitet werden kann. Bauliche Eingriffe müssen stärker reglementiert und dürfen nur in Ausnahmen zugelassen werden.

6. ... die Umsetzung der Bewirtschaftungspläne befördern?



NABU-Fazit

Häufig kommt es bei der Umsetzung der Bewirtschaftungspläne zu Konflikten mit Nutzer*innen innerhalb der Gebiete. Die Nutzung ist oftmals, insbesondere in den Gebieten des Offenlandes, wichtiger Bestandteil der Schutzgebiete. Um Konflikte zielgerichtet aufzulösen, ist ein intensiver Dialog mit allen Beteiligten zu stärken.

7. ... das Monitoring der Europäischen Schutzgebiete verbessern?



NABU-Fazit

Das Monitoring, also die regelmäßige Erfassung der Bestände geschützter Arten, ist dringend auszubauen und finanziell gut auszustatten. Rheinland-Pfalz hat insgesamt eine der bundesweit schlechtesten Datenlagen zu Bestandsentwicklungen geschützter Arten. Viel zu oft verlässt man sich auf die Erhebungen durch ehrenamtliche Aktive. Das Monitoring ist zudem so auszubauen, dass Aussagen über die Bestandsentwicklungen auf Landesebene möglich sind.

8. ... das Schutzgebietsnetz (nicht nur NATURA 2000) in Rheinland-Pfalz weiterentwickeln?



NABU-Fazit

Die Vernetzung der Schutzgebiete muss gefördert werden, aber auch die Neuausweisung von Schutzgebieten darf nicht länger ein Tabu sein. RLP ist mit gerade 2 % der Landesfläche, die als Naturschutzgebiet ausgewiesen sind, Schlusslicht unter allen Flächenländern bundesweit. Hier besteht enormer Nachholbedarf. Die Einbeziehung verschiedener Akteur*innen in eine landesweite Konzeptionierung ist wünschenswert.

9. ... den Biotopverbund im Land weiterentwickeln?



NABU-Fazit

Der Biotopverbund muss gestärkt und landesweit durchgängig geplant werden. Nur so können lebensfähige Populationen erhalten werden und Arten sich wieder natürlich ausbreiten. Zwar ist der Biotopverbund auf Ebene der Regionalplanungen verankert, viel zu oft wird er aber durch bauliche Eingriffe dennoch zerschnitten. Die Etablierung von Querungshilfen, wie Grünbrücken, muss konsequent verfolgt werden.

Antworten der Piratenpartei Rheinland-Pfalz auf die Fragen 5 bis 9: Die unter Punkt I benannten Gesetze enthalten auch Festlegungen in diesen Bereichen, sodass sie ebenfalls in einen entsprechenden Gesamtgesetzesentwurf einfließen würden.

Wahlprüfstein III: Flächenversiegelung

Der Boden erfüllt lebenswichtige Funktionen für unsere Ökosysteme. Mit dem Verbrauch neuer Flächen für Verkehrs- und Siedlungszwecke und zunehmender Versiegelung gehen vor allem die Lebensraumfunktion des Bodens, die Fruchtbarkeit und die Wasserdurchlässigkeit des Bodens verloren. Zu den Folgen zählen der Verlust der Bodenfauna, örtliche Überschwemmungen bei starken Regenfällen, fehlende Grundwasserneubildung sowie städtische Wärmeinseln durch fehlende Verdunstungskälte. Mit den unbebauten Flächen und unversiegelten Böden als endliche Ressource muss also sparsam umgegangen werden.

10. Welche Ziele verfolgt Ihre Partei im Hinblick auf die Flächenversiegelung im Land?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Flächenversiegelung hat im Gegensatz zu den 90er Jahren abgenommen, steigt jetzt aber leicht durch den Bedarf an Siedlungs- und Verkehrsfläche. Hier ist auch die Lösung zu suchen. Die Versiegelung von Siedlungsflächen kann man durch Gesetze begrenzen, aber auch hier gilt es im größeren Maße Aufklärung zu betreiben.



NABU-Fazit

Das Ziel einer neutralen Flächenbilanz muss ambitioniert verfolgt werden. Hierzu sind landesplanerische Vorgaben mit konkreten Zielsetzungen zu machen. Kommunen müssen dabei begleitet werden, Strategien zur Erreichung neutraler Flächenbilanzen zu entwickeln. Auch ein Verbot von Schottergärten, sowie Grünerhalt- bzw. Begrünungskonzepte sind kommunal umzusetzen.

11. Wie wollen Sie Ihre Ziele umsetzen?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Durch wesentlich mehr Aufklärungsarbeit schon in der Schule, aber auch für Entscheider. Auch hier gilt, wir müssen den Natur- und Umweltschutz in einem Miteinander umsetzen. Der Bedarf an Verkehrsflächen kann durch Eindämmung des Individualverkehrs gesenkt werden, hier fordern wir einen kostenlosen (umlagefinanzierten ÖPNV) um eine Alternative für das Auto zu bieten. Der Güterverkehr muss mehr auf Schiene und Wasser verlagert werden. z. B. haben wir einen Linien-Güter Verkehr für Rhein und Mosel im Programm, ebenso den massiven Ausbau des Schienennetzes.

12. Wie steht Ihre Partei zur Fortführung des umstrittenen Paragraphen 13b des BauGB?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Neue Wohn- und Siedlungsflächen zu erschließen kann sinnvoll sein. Deutschland leidet an Wohneigentum, welches auch zu einer sozialen Schieflage führen kann. Zum Beispiel haben Rentner ohne Wohneigentum erheblich unter steigenden Mieten zu leiden. Dies bedeutet aber nicht, dass immer mehr Außengebiete erschlossen werden müssen. Es gibt innerstädtische Gebäude, die sich zu Wohneigentum umwandeln lassen. Leider sind aber die Quadratmeterpreise für Wohnfläche in der Stadt völlig aus dem Ruder gelaufen. Hier muss durch sozialen Wohnungsbau entgegen gewirkt werden. Auch in Dörfern gibt es im Innenbereich oft viele Gebäude die zu Wohnraum umgebaut werden sollten, besser als immer neue Baugebiete zu erschließen. Dies dient auch der Dorfgemeinschaft.

13. Welche Vorstellungen hat Ihre Partei von einer gelungenen Innenentwicklung?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wir sehen da die 15 min Stadt als gutes Beispiel, mit wesentlich mehr Fläche für Fußgänger und Radfahrer. (siehe obige Antworten)



NABU-Fazit

Grundsätzlich fordert auch der NABU eine Innenentwicklung vor der Außenentwicklung. Aber auch in der Innenentwicklung darf wichtiges Stadtgrün nicht der Versiegelung zum Opfer fallen. Ökologische Stadtplanungen müssen einerseits Möglichkeiten zur Nutzung aufzeigen & gleichzeitig ökologischen Ansprüchen auch innerhalb der Gemeinden gerecht werden. Anreize und Gesetze sind so auszugestalten, dass Aus- & Umbau vor Neubau gefördert wird.



NABU-Fazit

Aus Sicht des NABU darf §13b BauGB nicht fortgeführt werden und ist abzuschaffen. Vielmehr müssen andere Konzepte entwickelt werden, um bezahlbaren Wohnraum auch im Innenbereich zu ermöglichen. Gerade Ortsränder zeichnen sich oft durch eine hohe Biodiversität aus, weshalb Planungen ohne entsprechende Berücksichtigung des Naturschutzes und Beteiligungsmöglichkeiten abzulehnen sind.



NABU-Fazit

Moderne Dorf- und Stadtentwicklung muss, neben bezahlbarem Wohnraum, ökologische Aspekte mit einbeziehen. Die Nutzung von Bestandsimmobilien muss attraktiver sein als der Neubau am Ortsrand. Städtebauliche Konzepte mit ökologischem Fokus beziehen Grünflächen, Klimaschutz und Artenschutz am Gebäude mit ein und können so ein lebenswerten Wohnraum in Gemeinden ermöglichen.

Wahlprüfstein IV: Waldschutz und nachhaltige Forstwirtschaft

Rheinland-Pfalz ist das walddreichste Bundesland Deutschlands. Gut 42 % der Landesfläche sind bewaldet, weshalb dem Waldschutz, und damit der nachhaltigen Bewirtschaftung von Wäldern hier im Land eine besondere Bedeutung zukommt. Wälder liefern den wichtigen und wertvollen Rohstoff Holz. Sie sind aber nicht nur unter dem Aspekt der Wertstoffgewinnung zu betrachten. Sie sind Lebensraum für unzählige Tier-, Pilz- und Pflanzenarten und spielen eine wichtige Rolle im Klimaschutz, sowohl als CO₂-Senken, als auch in ihrer Funktion im Klimasystem. Der dauerhafte Schutz und Erhalt dieser lebendigen Vielfalt ist ein wichtiges Ziel für die Gesellschaft, schließlich sind auch wir Menschen auf intakte Wald-Ökosysteme angewiesen.

14. Welche Pläne verfolgt Ihre Partei, um unsere Wälder und Forste klimastabiler zu gestalten?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Einfach dem Wald wieder mehr „Natur“ zurück geben. Das bedeutet, den ursprünglichen Laubmischwäldern in Europa wieder wesentlich mehr Raum geben. Sollte sich das Klima weiter verändern ist das Augenmerk auch auf Baumarten zu richten, die widerstandsfähiger sind. Natur vor Kommerz, lautet da unsere Forderung.

15. Wie sollten Maßnahmen in Staats-, Kommunal- und Privatwald umgesetzt werden?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Da es in RLP sehr viel Kommunalen-, Staats- und Kirchenwaldbesitz gibt, sind diese Besitzer gleich zu behandeln und zur natürlichen Waldbewirtschaftung aufzufordern, nötigenfalls per Gesetz. Bei den vielen Eigentümern kleinerer Waldflächen muss auch wieder viel Aufklärungsarbeit geleistet werden um den reinen Kommerz zu unterbinden.



NABU-Fazit

Die Klimastabilität der Wälder ist für Rheinland-Pfalz, als walddreichstes Bundesland, ein wichtiges Thema. Naturnaher Waldbau und die Stärkung des Waldes als Klimaschützer sind wichtige Schritte. Dabei können auch Förderungen Anreize liefern, diese müssen aber an bestehende und hochwertige Zertifikate, wie FSC gekoppelt sein. Höhere Naturschutzstandards sollten im Rahmen einer Förderung auch höher entlohnt werden, damit die gewünschten ökologischen Effekte erzielt werden.



NABU-Fazit

Im Staatswald ist RLP durch seine FSC-Zertifizierung schon weit gekommen, es müssen aber auch für Kommunal- und Privatwald ambitionierte Ziele gesetzt werden, die mit entsprechenden Anreizen gekoppelt sein können. Konzepte, wie das BAT-Konzept müssen optimiert und flächendeckend umgesetzt werden. Forschungsprojekte zur Klimawirkung und Klimaanpassung unserer Wälder sind dringend umzusetzen.

16. Welche Flächenziele zur natürlichen Waldentwicklung verfolgt Ihre Partei?



NABU-Fazit

Der NABU fordert 10 % des Waldes der natürlichen Entwicklung zu überlassen, also jedwede Nutzung einzustellen. Da der Staatswald in Rheinland-Pfalz nur gut ein Viertel der Waldfläche ausmacht, muss entweder eine entsprechend größere Fläche des Staatswaldes unter Prozessschutz gestellt werden oder deutliche Anreize für den Kommunal- und Privatwald gesetzt werden.

17. Wie möchte Ihre Partei die Biodiversitätsziele in Wäldern erreichen?



NABU-Fazit

Rheinland-pfälzische NATURA 2000-Gebiete liegen größtenteils im Wald. Durch konsequente Umsetzung der Bewirtschaftungspläne kann hier viel erreicht werden. Die flächige Einführung von FSC, sowie andere Förderkonzepte können insbesondere für den Privatwald zusätzliche Anreize schaffen. Auch die flächendeckende Umsetzung und Optimierung des BAT-Konzeptes kann ein weiterer Baustein sein. Da der Besuchsdruck in einigen Wäldern enorm zugenommen hat, sind Lenkungs-konzepte zu entwickeln.

Antworten der Piratenpartei Rheinland-Pfalz zu den Fragen 16 und 17: Hierzu haben wir keine genaue Parteimeinung, sie schwankt bei den Piraten RLP zwischen 5 und 10 % natürlicher Waldentwicklung.

18. Welche jagdpolitischen Ziele verfolgt Ihre Partei?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Für uns sind Jäger verantwortlich für Tier und Natur. Natürlich sind Populationen zu beachten und ihr eventueller Schaden einzudämmen. Dies gilt aber nicht, wenn ein paar Wölfe ins Land kommen. Diese zu erlegen sehen wir als völlig falsch an.



NABU-Fazit

Der NABU unterscheidet zwischen Jagd, als nachhaltige Form der Nutzung, und Wildmanagement zur Vermeidung von Umweltschäden durch zu hohe Wildbestände. In Waldflächen mit natürlicher Entwicklung sollte weder Jagd noch Management stattfinden. Zur nachhaltigen Nutzung von Holz als natürlichem Rohstoff, ist das Management von Wild allerdings nötig. Vegetations- und Populationsgutachten können helfen, das Management gezielt und sinnvoll auszugestalten.

Wahlprüfstein V: Klimaschutz und Energiegewinnung

Die Klimakrise ist weltweit spürbar. Sie beeinträchtigt die Lebensgrundlagen von Milliarden von Menschen und bedroht 20 bis 30 Prozent der auf der Erde vorkommenden Arten. Einerseits sind zwingend Maßnahmen zur Anpassung an den unvermeidlichen Klimawandel notwendig, andererseits müssen noch schlimmere Auswirkungen der Klimakrise vermieden werden. Deutschland steht auf Platz 6 der weltweit größten CO₂-Emittenten, daher kommt uns eine besondere Verantwortung zu, einen entsprechenden Beitrag zum Klimaschutz zu leisten – national wie international.

19. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei für das Land Rheinland-Pfalz?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wir stehen zu den Pariser Klimazielen.



NABU-Fazit

Die Ziele des Pariser Klimaabkommens müssen eingehalten und ambitioniert verfolgt werden. Hierfür sind auch in Rheinland-Pfalz umfassende Maßnahmen in verschiedenen Sektoren nötig. Dabei sollte, viel mehr als bislang, der Fokus auch auf Einsparpotenziale gerichtet werden.

20. Welche CO₂-Einsparpotenziale sehen Sie im Land?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Einsparpotenziale gibt es überall, besonders in Verkehr, ebenso in der Wirtschaft und der Wohnraumelektrizität und Heizung bis hin zu Lebensmitteln und Konsumprodukten. Es gibt so gut wie keine Bereiche im täglichen Leben bei denen wir keine Einsparpotentiale haben.



NABU-Fazit

Ohne engagierte Einsparziele, Förderprogramme und Beratungsangebote werden die Klimaschutzziele kaum erreichbar sein. Dabei sind die Einsparpotenziale sehr vielseitig und sollten möglichst flächig genutzt werden. Ein Treibhausgasbudget kann dabei helfen, den Ausstoß transparent zu machen und an den effizientesten Stellen zu reduzieren. Zertifikate sind nur dann sinnvoll, wenn die Preise entsprechend gestaltet werden.

21. Wie will Ihre Partei diese künftig besser nutzen?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Auch hier muss dringend eine wesentlich größere Aufklärungsarbeit geleistet werden um die Gesellschaft nicht in Klimaschutz Befürworter und Gegner zu teilen. Gleichzeitig muss die Politik Alternativen anbieten, wie einen kostenfreien ÖPNV, verpflichtende Vorgaben für PV-Dächer und Wärmepumpen. Die Windkraft sollte nicht aus vereinzelt Windrädern bestehen, sondern auf größeren Windparks an windhöffigen Stellen konzentriert werden. Hierbei ist auf eine Gewinnverteilung nicht nur an die Kommunen auf den denen die Windparks stehen zu achten. Gleichzeitig sind Anreize durch Energie in Bürgerhand zu schaffen. Bei Lebensmittel und Konsum-Produkten brauchen wir eine nachvollziehbare Kennzeichnung mit noch mehr Aufklärung.



NABU-Fazit

Das Land Rheinland-Pfalz hat ein sehr umfassendes Klimaschutzkonzept mit vielen guten Einsparungsmodellen. Allerdings finden diese Maßnahmen kaum einen Weg in die Öffentlichkeit. Energieeinsparung wird zu oft als unbeliebtes Thema abgestempelt. Wer Klimaschutz machen will, kommt an diesen Fragen aber nicht vorbei. Vorhandene Konzepte müssen viel mehr als bislang in die Umsetzung gebracht werden.

22. Wie möchte Ihre Partei CO₂-Senken künftig besser fördern?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Es sollte ein großer Teil der CO₂-Abgaben wieder zu gleichen Teilen regelmäßig (Quartal) an jeden Bürger als Geld zurück fließen. Dies würde diejenigen direkt belohnen, die wenig CO₂ verbrauchen und andere zum Sparen anregen. Somit finanzielle Anreize für Jedermann schaffen, statt durch hohe Abgaben Klimagegner zu stärken.



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz sind vor allem der Wald sowie landwirtschaftliche Flächen, hier insbesondere artenreiches Grünland, wirkungsvolle CO₂-Senken. Um diese Funktion zu stärken, müssen Bewirtschaftungsformen angepasst & Forschungsvorhaben, beispielsweise zum Humusaufbau in landwirtschaftlich genutzten Böden, vorgebracht werden. Moore sind in RLP nur wenige vorhanden, dennoch sollten die bisherigen Bemühungen im Moorschutz weiterverfolgt werden.

23. Welche Klimaziele verfolgt Ihre Partei im Verkehrssektor?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Einen kostenlosen ÖPNV, autoarme Innenstädte, Ausbau des Schienennetzes und Güter von der Straße auf die Schiene. Gerade das Rheintal muss durch eine Alternativstrecke entlastet werden. Eventuell an der ICE Strecke, oder untertunnelt. Der Rhein und später auch die Mosel sollen mit einem Güter Linienverkehr ausgestattet werden. Hierbei ist auf schadstoffarme und leise Schiffsmotoren zu achten.

24. Welche Ziele zum Ausbau erneuerbarer Energien verfolgt Ihre Partei und welche Flächen sind hierfür nötig?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: s. Antwort 21

25. Welche Planungsebene ist Ihrer Meinung nach die geeignete, um diese Ziele umzusetzen?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Der Umweltschutz und die Klimaziele sind nur durch ein Miteinander von Bund- Land und Kommunen zu erreichen. Hierbei NUR auf eine Planungsebene zu setzen würde die Akzeptanz für Lösungen verringern.



NABU-Fazit

Reduktion des Individualverkehrs, mehr Elektromobilität und kostenloser ÖPNV sind wichtige Maßnahmen im Verkehrssektor. Nach einem Jahr, in dem aufgrund der Pandemielage sehr viele Menschen von zu Hause gearbeitet haben, sollten auch neue Ansätze durchdacht werden. Die Nutzung von Homeoffice beispielsweise, kann den Individualverkehr deutlich reduzieren.



NABU-Fazit

Die Energiewende ist wichtiger Bestandteil des Klimaschutzes. Eine nahezu 100 %-ige Deckung des Strombedarfs mit erneuerbaren Energien ist zur Erreichung der Klimaziele nötig. Der hohe Flächenbedarf für erneuerbare Energien führt – insbesondere im Falle der Windenergie und Freiflächenfotovoltaik – auch zu Zielkonflikten mit dem Artenschutz, weshalb es einer übergeordneten Bedarfs- und Flächenplanung bedarf, die Klimaschutz und Artenschutz gleichermaßen berücksichtigt.



NABU-Fazit

Um eine Vereinbarkeit mit den Zielen des Arten-, Natur-, und Landschaftsschutzes zu erreichen, ist die Planung auf Ebene der Regionalen Planungsgemeinschaften zwingend erforderlich. Die letzten Jahre haben gezeigt, dass eine Verlagerung der Planung auf die kommunale Ebene nicht nur auf Kosten des Naturschutzes geht, sondern auch die Akzeptanz der Windenergie massiv beeinflusst und zu massiven Konflikten innerhalb vieler Gemeinden geführt hat.

26. Wie sollen die Ausbauziele mit dem Artenschutz in Einklang gebracht werden?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Sollten zum Beispiel Windkraftanlagen an extrem windhöffigen Orten, die für die Energiegewinnung der Zukunft unerlässlich sind, mit dem Artenschutz kollidieren, so sind Ausgleichsmaßnahmen zu schaffen und gegebenenfalls Arten umzusiedeln. Sollten wir die Energiewende und die Klimaziele nicht schaffen, so sind sehr viele Lebewesen in Gefahr auszusterben.



NABU-Fazit

Die Klimakrise und das Artensterben sind zwei globale Krisen, die gleichwertig behandelt werden müssen. Aus diesem Grund ist der Artenschutz auch im Zuge von Klimaschutzmaßnahmen gleichwertig zu berücksichtigen. Hierfür sind einheitliche Fachstandards zu entwickeln und umzusetzen, zudem müssen Behörden personell in die Lage versetzt werden, Planungsvorhaben effizient zu begleiten und hohe Qualitätsstandards zu sichern.

Wahlprüfstein VI: Gewässerschutz

Obwohl sich die Qualität des Wassers seit Jahren verbessert hat, sind viele unserer Bäche und Flüsse in einem schlechten Zustand. Noch immer sind zu viele Bäche zu Kanälen ausgebaut, deren einzige Aufgabe es ist, den Abfluss des Regenwassers sicherzustellen. Statt über Stock und Stein fließt das Wasser hier in Rinnen und Kanälen. Steile Ufer und künstliche Betonbauwerke verhindern, dass Lebewesen wandern und sich so ausbreiten können. Sauberes Wasser alleine reicht also nicht aus – es kommt auch darauf an, wie und wo das Wasser fließt. Es fehlen natürliche Bachbettstrukturen, Materialien wie Kies und Totholz und eine standortgerechte, natürliche Ufervegetation. Der Klimawandel führt zu regional unterschiedlichen Veränderungen der Niederschläge in Menge und Zeitraum. Die letzten 'Dürrejahre' haben die Konkurrenz verschiedenster Nutzer (Landwirtschaft, Verkehr, Industrie, Haushalte) auf das elementare Gut Wasser deutlich gemacht. Regentrückhalt in der Fläche und Grundwasserschutz und -anreicherung gewinnen an Bedeutung.

27. Wie will Ihre Partei die Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie (auch mit Blick auf den Schutz des Grundwassers) gewährleisten?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Die Richtlinie schafft einen Ordnungsrahmen für den Schutz der Binnenoberflächengewässer, der Übergangsgewässer, der Küstengewässer und des Grundwassers, diese Einhaltung ist nur durch Gesetze zu gewährleisten.



NABU-Fazit

Der Gewässerschutz erfordert eine ambitionierte Umsetzungsstrategie und wirksame Förderinstrumente, um Renaturierungsmaßnahmen an Gewässern und insbesondere in den Auen voranzubringen. In Regionen mit hohen Nitratbelastungen scheint einzig eine strikte Nutzung des Ordnungsrechtes wirkungsvoll zu sein.

28. Wie will Ihre Partei die dringende Notwendigkeit eines intelligenten Wassermanagements erreichen?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Die Piratenpartei steht für Informationstechnologien auch beim Wassermanagement. Bei intelligenten Wasserzählern ist aber darauf zu achten, dass aus den Daten keine Rückschlüsse auf Lebensgewohnheiten der Nutzer zu ziehen sind und diese gespeichert werden.



NABU-Fazit

Über Jahre hinweg wurden Landschaften gezielt entwässert, um sie besser nutzbar zu machen. Nun müssen Instrumente geschaffen werden, die eine Wiedervernässung solcher Flächen fördern. Die vergangenen trockenen Jahre haben aber darüber hinaus auch gezeigt, wie wichtig ein gutes Wassermanagement ist. Unter Beteiligung verschiedener Akteur*innen sollte eine landesweite Konzeption erarbeitet werden, um die verschiedenen Aspekte der Nutzung und des Wasserschutzes besser zusammenzuführen.

Wahlprüfstein VII: Artenvielfalt und Biodiversitätsstrategie

Biologische Vielfalt bezeichnet neben der Vielzahl der Arten auch die Vielfalt der Lebensräume und die genetischen Besonderheiten innerhalb der Arten. In ihrem Facettenreichtum bildet die biologische Vielfalt die existenzielle Grundlage des menschlichen Lebens. Tiere, Pflanzen, Pilze oder Mikroorganismen sorgen für sauberes Wasser, frische Luft, ein angenehmes Klima und fruchtbaren Boden für gesunde Nahrungsmittel. Aber die biologische Vielfalt ist hochgradig gefährdet, in Deutschland ebenso wie weltweit. Die Roten Listen, also die Verzeichnisse der gefährdeten, verschollen und ausgestorbenen Tier- und Pflanzenarten, Artengesellschaften und Biotoptypen, werden immer länger. Der Grund dafür liegt oftmals in der übermäßigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und in der hohen Flächeninanspruchnahme, wodurch Lebensräume beeinträchtigt und zerstört werden. Aber auch der vom Menschen verursachte Klimawandel beeinträchtigt Arten und Lebensräume vor Ort. Das gefährdet die Lebensgrundlage der Menschen und den Nutzen biologischer Vielfalt für jeden Einzelnen.

29. Wie steht Ihre Partei zu einer ressortübergreifenden Biodiversitätsstrategie im Land?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wie so vieles ist hier eine Lösung nur ressortübergreifend zu erreichen, ebenso in Zusammenarbeit mit den Verbänden.



NABU-Fazit

Eine ressortübergreifende Biodiversitätsstrategie ist unerlässlich. Eine Abstimmung über Ressortgrenzen hinweg, die aber letztlich keine verbindlichen Ziele für Ressorts jenseits des Umweltministeriums definiert, ist dabei wenig zielführend. So müssen beispielsweise auch in den Bereichen Verkehr und Bauen verbindliche Ziele als fester Bestandteil einer tragfähigen Biodiversitätsstrategie definiert sein. Ansonsten bleiben entscheidende Aspekte außen vor.

30. Wie möchte Ihre Partei dem Artenschwund im Land entgegenwirken?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Es gibt in RLP sehr viele Gebiete die sich für bestimmte Lebensformen eignen. Auf diese Lebensraumtypen muss besonders geachtet werden, genaues Katalogisieren muss weiter erfolgen und ausgewertet werden.



NABU-Fazit

Rheinland-Pfalz benötigt eine umfassende Strategie zum Erhalt der Biodiversität. Dazu zählen nicht nur weitreichende Monitoringprogramme, die gezielte Artenhilfsprogramme erst ermöglichen. Ressortübergreifend müssen auch ambitionierte Ziele für Verkehr, Bauen und Landwirtschaft definiert werden. Mehr landeseigene Artenschutzprogramme müssen entwickelt und die Umsetzung durch ausreichend Personal sichergestellt werden.

31. Wie steht Ihre Partei zur Wiederansiedlung ehemals heimischer Arten?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wenn der benötigte Lebensraum vorhanden ist macht es Sinn heimische Arten zu fördern.



NABU-Fazit

Für den NABU ist klar, dass Arten, die ehemals bei uns heimisch waren und von alleine wieder zurückkehren, wie der Wolf, unseren Schutz bedürfen. Für Konflikte müssen gemeinschaftliche Lösungen gefunden werden. Aktive Wiederansiedelung kann im Einzelfall für bestimmte Tierarten ebenfalls sinnvoll sein, wenn die Lebensraumbedingungen und gesellschaftlichen Voraussetzungen gegeben sind.

32. Welche Artenhilfsprogramme plant Ihre Partei?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Es sollen viel mehr Merkblätter Artenschutz erstellt werden, um nicht nur einige sondern viele auf diese Problematik aufmerksam zu machen. Transparenz fördert Akzeptanz.



NABU-Fazit

In Rheinland-Pfalz fehlt es aktuell an großflächig und vor allem langfristig angelegten Artenhilfsprogrammen, die auch mit ausreichenden Finanzmitteln ausgestattet sind. Es wird begrüßt, dass immer wieder Projekte zum Schutz einzelner Arten oder Artengruppen gefördert werden. Landeseigene Artenhilfsprogramme, die nicht an Förderzeiträume gebunden sind, können auf diese Weise aber nicht ersetzt werden.

Wahlprüfstein VIII: Beteiligungsrechte

Das Artensterben schreitet noch immer ungebremst voran, die Emissionen von Treibhausgasen steigen, wichtige Naturräume sind weit davon entfernt, das von der europäischen Staatengemeinschaft beschlossene Ziel eines „günstigen Erhaltungszustandes“ zu erreichen. Neben anderen Faktoren ein Grund: Unterschiedlichste Bauvorhaben mit ihren umfangreichen Eingriffen beeinträchtigen vor allem durch ihre Lage, Auswirkungstiefe und schlichte Größe die Natur und Umwelt. Naturschutzverbände können unter bestimmten Voraussetzungen gegen Genehmigungen oder Planfeststellungsbeschlüsse vor Gericht ziehen, wenn zuvor aus ihrer Sicht schriftlich formulierte Anregungen und Bedenken im vorgeschalteten Beteiligungsverfahren nicht im rechtlich nötigen Umfang in die Genehmigung Eingang finden.

33. Wie steht Ihre Partei zu den Beteiligungs- und Klagerechten der Naturschutzverbände?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wir sehen diese Rechte, die sich auf die sog. Aarhus-Konvention beziehen als sehr wichtig an.



NABU-Fazit

Eine Begrenzung oder gar Abschaffung der Beteiligungs- und Klagerechte ist für den NABU ein absolutes No-Go. Vielmehr ist es aber sehr erstrebenswert, wenn durch qualitativ hochwertige Planungs-, Beteiligungs- und Genehmigungsprozesse, Klagen weniger notwendig wären. Da die Klagerechte der Umsetzung des Artenschutzrechts dienen, sind sie nötig, so lange ein Umsetzungsdefizit im Artenschutzrecht erkennbar ist.

Wahlprüfstein IX: Naturschutzverwaltung

Eines der größten Probleme im Natur- und Umweltschutz ist das enorme Vollzugsdefizit. Zwar sind die vorhandenen Gesetzgebungen und Regelungen sehr gut, der Vollzug liegt aber oftmals im Argen. So kam auch der EU-Fitnesscheck zur FFH-Richtlinie zu dem Ergebnis, dass die Richtlinie ein grundsätzlich gut geeignetes Instrument ist, die Naturschutzziele zu erreichen, es aber an der Umsetzung mangelt. Zuständig für den Vollzug der Naturschutzrichtlinien sind auch in Rheinland-Pfalz die Naturschutzverwaltungen. Seit vielen Jahren geht die Personalausstattung der Verwaltung in Rheinland-Pfalz jedoch zurück. Das Landesamt für Umwelt steht im deutschlandweiten Vergleich sogar auf dem zweitletzten Platz, wenn es um die Personalausstattung geht.

34. Wie will Ihre Partei die Personalsituation in den Naturschutzverwaltungen verbessern?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wir möchten, wie in vielen Antworten geschrieben die Menschen wesentlich umfassender aufklären. Denn mit der Akzeptanz für noch mehr Umwelt- und Naturschutz ist es auch möglich Finanzen für neues und geeignetes Personal zu sichern.



NABU-Fazit

Für die rheinland-pfälzischen Behörden ist ein Personalentwicklungsprogramm umzusetzen. Dies beinhaltet Konzepte zur Ausbildung, um qualifiziertes Personal auch in Zukunft binden zu können, sowie die Schaffung neuer Stellen. Insbesondere das Landesamt für Umwelt, die Oberen, sowie die Unteren Naturschutzbehörden leiden an einem massiven Personalmangel. Um dem bestehenden Umsetzungsdefizit im Naturschutz entgegenzuwirken ist eine deutliche Personalaufstockung nötig.

Wahlprüfstein X: Würdigung des Ehrenamtes

Ohne das Engagement der vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer wäre es um die wildlebenden Pflanzen und Tiere mit ihren Lebensräumen schlecht bestellt. Die Herausforderungen im Arten- und Klimaschutz können nur unter aktiver Beteiligung einer engagierten Öffentlichkeit bewältigt werden.

35. Welche Maßnahmen will Ihre Partei ergreifen, um das ehrenamtliche Engagement zu fördern?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Wie oben mehrfach geschrieben, eine wesentlich größere Aufklärung vieler Menschen führt dazu, dass ein freiwilliges „Mitmachen“ erfolgt. Es sollte sich aber nicht zu viele wichtige Maßnahmen auf ein Ehrenamt stützen. Hier muss der Staat die Grundlagen personell sicher stellen.



NABU-Fazit

Es wird explizit begrüßt, dass immer wieder Projekte zur Förderung des Ehrenamtes unterstützt werden. Diese gilt es künftig weiter auszubauen. Dabei ist bei der Entscheidung über Förderzeiträume zu beachten, dass die langfristige Aktivierung und Förderung von dauerhaften ehrenamtlichen Strukturen viel Zeit benötigt, insbesondere an Stellen, wo bislang noch keine oder nur wenige Strukturen vorhanden sind.

36. Wie wollen Sie das Engagement künftig mehr würdigen?

Antwort der Piratenpartei Rheinland-Pfalz: Ehrenämter sind eine freiwillige Basis und sollten dies auch bleiben. Engagement und Spaß am Ehrenamt sollte weiter die wichtigste Motivation bleiben. Dies gilt auch um besonders junge Menschen für das Ehrenamt zu

begeistern. Natürlich sind Würdigungen vielleicht in Form von Ermäßigungen bei Kulturveranstaltungen oder auch Verkehr denkbar. Aber es besteht dadurch die Gefahr, dass so stattliche Aufgaben auf das Ehrenamt abgewälzt werden, und dieses dann zur Pflicht wird. Hier müssen klare Grenzen gesetzt werden.



NABU-Fazit

Ehrenamt im Naturschutz hat in der Vergangenheit zunehmend wichtige Aufgaben des Landes übernommen, gleichzeitig wurde dies nicht immer mit einer gesteigerten Wertschätzung honoriert. Zwar existieren Wertschätzungsmechanismen des Landes, die auch begrüßt werden, im täglichen Umgang erfahren ehrenamtlich Tätige aber zunehmend das Gegenteil, auch seitens der Politik. Diese Diskrepanz zwischen herausgehobener Würdigung und täglichem Umgang muss dringend abgebaut werden.